



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordnete Dr. Katja Pähle (SPD)  
Abgeordneter Rüdiger Erben (SPD)

### **Maßnahmen des Ministeriums für Inneres und Sport gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bei der Polizei**

Kleine Anfrage - KA 7/4256

#### **Vorbemerkung der Fragestellenden:**

Am 12. Oktober 2020 informierte der damalige Minister für Inneres und Sport die Öffentlichkeit darüber, dass er eine Reihe von Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bei der Polizei eingeleitet habe. Hierzu gehörten insbesondere die Einsetzung einer Sonderkommission, die Beteiligung an einer Studie zu Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Einsetzung eines Extremismusbeauftragten sowie Fortbildungen zur nachhaltigen Stärkung der interkulturellen Kompetenz.

Hinsichtlich der Einsetzung der Sonderkommission berichtete der Minister, dass er am 12. Oktober 2020 Gespräche mit der Justizministerin und der Landtagspräsidentin zu der „externen und unabhängigen Sonderkommission zu institutionellem Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ geführt habe und diese Kommission unter Leitung eines externen Beauftragten stehen werde, wofür Rechtsanwalt Jerzy Montag gewonnen werden konnte.

Am 18. Dezember 2020 berichtet die Mitteldeutsche Zeitung unter der Überschrift „Innenminister serviert Polizei-Aufklärer ab“ darüber, dass der Innenminister die „bereits vereinbarte Zusammenarbeit“ mit dem Rechtsanwalt „unerwartet“ abgesagt habe.

**Antwort der Landesregierung  
erstellt vom Ministerium für Inneres und Sport**

Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

**Vorbemerkung der Landesregierung:**

Die Sonderkommission zu institutionellem Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Landespolizei wurde aufgrund der Vorkommnisse in der Landesbereitschaftspolizei Sachsen-Anhalt eingesetzt. Die Sonderkommission ist bereits seit Oktober 2020 unabhängig und entsprechend ihres Auftrages unter der Leitung der Ministerialdirigentin Uta Wilkmann aus dem sachsen-anhaltischen Justizministerium tätig, was Herrn Jerzy Montag bekannt war. Im Rahmen eines Telefonats wurde am 10. Dezember 2020 mit Herrn Montag die Möglichkeit besprochen, als Gutachter bzw. Berater für den Abschlussbericht mitzuwirken, sobald die Sonderkommission alle nötigen Daten und Fakten zusammengestellt hat. Die Möglichkeit, erst zum Abschluss des Berichts in der Sonderkommission mitzuwirken, schloss Herr Montag für sich jedoch aus. Die Gespräche zum Tätigwerden und etwaigen Vertragsabschluss mit Herrn Montag waren damit einvernehmlich beendet.

1. **Welche Gründe haben dazu geführt, dass die „bereits vereinbarte Zusammenarbeit“ mit Rechtsanwalt Montag abgesagt wurde? Durch wen wurde die Entscheidung getroffen?**
2. **Ausweislich der Darstellung des damaligen Innenministers sollte Rechtsanwalt Montag als externer Beauftragter die Kommission leiten. Welcher externe Beauftragte soll nun dessen Aufgaben übernehmen?**

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Es wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.

3. **Am 12. Oktober 2020 erklärte der damalige Innenminister zudem, dass er an dem Tag mit dem niedersächsischen Innenminister Pistorius, der die Durchführung einer Studie zu extremistischen Einstellungen in der Polizei plant, vereinbart habe, dass sich Sachsen-Anhalt dieser Studie anschließen. Wird dieses Vorhaben noch verfolgt? Wenn ja, welche Schritte wurden zwischenzeitlich unternommen? Wenn nein, welche Gründe führten zur Aufgabe des Vorhabens?**

Seitens des Landes Niedersachsen wurde bereits im Vorfeld der 213. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 10. Dezember 2020 telefonisch signalisiert, dass eine Teilnahme des Landes Sachsen-Anhalt an der niedersächsischen Studie zu Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei nicht möglich sei. Mit Schreiben vom 8. Januar 2021 bestätigte dies der niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Herr Boris Pistorius.

Das Land Sachsen-Anhalt beabsichtigt nunmehr, sich an einer Studie des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, die dieser bei der Deutschen Hochschule der Polizei in Auftrag gegeben hat, im Rahmen des rechtlich wie tatsächlich Möglichen zu beteiligen. Die Studie soll sich mit dem Berufsalltag von Polizistinnen und Polizisten, mit ihrer Motivation zur Berufswahl und mit ihren Gewalterfahrungen beschäftigen; weiterhin sollen bestehende Maßnahmen, die sicherstellen, dass der Grundsatz der Nulltoleranz gegenüber Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus in und von der Polizei gelebt wird, fortgeschrieben und bei Bedarf weiterentwickelt werden. Dabei soll auch untersucht werden, inwieweit es Rahmenbedingungen im Alltag gibt, die unter Umständen Vorurteile begünstigen.